

Unser Programm für den Landkreis - Weil wir hier leben

Beschluss 09.12.2019

Vor Ort, in der Stadt und der Gemeinde gestalten wir unser Zusammenleben. Dort, wo die Menschen im Landkreis zuhause sind, legen wir den Grundstein, um gut zu leben – in einer intakten Umwelt und in einem guten sozialen Miteinander. Unsere Kommunalpolitik blickt dabei nicht nur auf das Hier und Jetzt, sondern ermöglicht eine gute Zukunft für alle. Bei der Kommunalwahl am 15. März 2020 kommt es auf jede einzelne Stimme an: für den Schutz des Klimas, für eine gesunde Natur, dafür, dass unsere Kinder gut aufwachsen und alle gut miteinander leben können – ob Frau oder Mann, jung oder alt, alteingesessen oder neuangekommen.

Dafür brauchen wir starke GRÜNE Politiker*innen, die im Bewusstsein unserer globalen Verantwortung lokal gute Entscheidungen auf den Weg bringen und die mit Engagement, Mut und Kreativität für eine weltoffene, sozial gerechte und ökologische Politik eintreten. Der Zusammenhalt unserer Gesellschaft und die Zukunft unseres Planeten entscheiden sich auch vor Ort.

Volle Energie fürs Klima - Klimaschutz hat für uns GRÜNE absolute Priorität.

Eine gute stationäre und ambulante Gesundheitsversorgung gehört zur Daseinsvorsorge - wir kämpfen für den Erhalt unserer Krankenhausstandorte und die Förderung von Ärzten auf dem Land

Lokaler Artenschutz wirkt - Wir stehen für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen, für den Schutz der Natur und unserer Artenvielfalt.

Grüne Mobilität für mehr Lebensqualität - Wir wollen in unseren Städten, Gemeinden und Landkreisen ein klimafreundliches, attraktives und bedarfsgerechtes Mobilitätsangebot schaffen.

Liebingsorte schaffen - Mit einer sozialen und ökologischen Stadt- und Ortsentwicklung stärken wir den Zusammenhalt.

Alle gehören dazu - Wir fördern ein gutes Miteinander der Menschen, die schon länger hier leben und derer, die neu zugewandert sind.

Mitreden, Mitentscheiden, Mitmachen - Demokratie lebt vom aktiven Einmischen. Wir GRÜNE leben Bürgerbeteiligung und wollen die Politik des Gehört Werdens etablieren.

Attraktiver öffentlicher Nahverkehr

Das System des Nahverkehrs im Landkreis Ansbach basiert auf zwei Säulen – dem schienengebundenen Personennahverkehr (SPNV), sprich der Bahn und dem allgemeinen Öffentlichen Personennahverkehr, dem ÖPNV, also Bussen und Bedarfsverkehren im System des VGN (Verkehrsverbund Großraum Nürnberg).

Der Landkreis Ansbach ist als Träger der zweiten Säule, des Nahverkehrs mit Bussen und Bedarfsverkehren, eingebettet in den Verkehrsverbund Nürnberg (VGN) und damit in der Pflicht, die Bevölkerung in allen Gegenden des Landkreises gleichmäßig mit Nahverkehr zu versorgen. Bisher passiert dies hauptsächlich in Form von Schülerverkehren - die Verbindungen in Ferien und am Wochenende sind ausgedünnt. Der Modal-Split liegt bei etwa 6 %, d.h. von 100 Fahrten werden gerade einmal sechs mit

dem ÖPNV zurückgelegt.

Der ÖPNV spielt für viele Kreisbürger auch deshalb keine große Rolle, weil es an zuverlässigen Angeboten mangelt. Es ist in großen Teilen nicht möglich, auf das Auto zu verzichten. Die Zulassungszahlen sprechen hier eine klare Sprache, wir haben mehr zugelassene Fahrzeuge als Einwohner im Landkreis.

Selbst im östlichen Teil des Landkreises, wo es zumindest Bahnanbindungen gibt, besteht durchaus Luft nach oben, wenn es um Nutzerfreundlichkeit und Anbindung der letzten Kilometer geht.

Deshalb haben wir es uns zum Ziel gesetzt, Busverkehre attraktiver zu gestalten, Bedarfsverkehre den Gegebenheiten anzupassen und den ökonomischen und ökologischen Nutzen auszubalancieren. Es bringt niemandem etwas, wenn Busse leer durch die Gegend fahren. Es sollte aber gleichzeitig jeder Bürger bei Bedarf von seinem Ortsteil zu einem Bahnhofshalt oder Arztbesuch transportiert werden können. Mobilität im Bereich Gemeinde - Stadt, also zwischen Ortsteilen und Hauptort, sind eigentlich Aufgabe der Kommune und müssen von dieser auch finanziell mit unterstützt werden. Dafür können zukünftig Bürgerbusse und Bedarfsverkehre dienen. Und es ist sinnvoll, wenn diese von Kommunen oder Fördervereinen selbständig und teils auf eigene Kosten betrieben werden. Wir möchten aber auch, dass der Landkreis die Linien mit unterstützt, die den bestehenden ÖPNV zwischen den Gemeinden ergänzen.

Und wir wollen mehr- die Linienbedarfsfahrten sollen in reguläre Linien umgewandelt werden, sobald ständiger Bedarf erkennbar ist – das ist für die Nutzern ungemein hilfreich. Wir wünschen uns eine einheitliche „Bestellpraxis“ für den kompletten Landkreis, damit beispielsweise überall „Rufbusse“ spätestens eine Stunde vor Fahrtbeginn zu bestellen sind - bei einer landkreisweiten Telefonnummer.

Das „Rückgrat Schienenverkehr“ ist momentan auf den östlichen und nördlichen Bereich des Landkreises begrenzt, sodass im Westen und Süden des Landkreises eine vergleichbar schlechtere Anbindung stattfindet. Wir fordern eine möglichst zeitnahe Verlängerung der S-Bahn-Strecke Ansbach – Crailsheim. Hier stehen wir mit allen Politikebenen in einer Reihe und wir möchten, dass eine zügige Umsetzung angestrebt wird.

Im aktuellen Nahverkehrsplan wurde versucht, die Randzeiten mit Rufbussen und Anrufsammeltaxis auszufüllen. Wo das funktioniert, sollte nichts geändert werden. Wo allerdings die Bürger deutliche Nutzungshemmungen haben, sollte man diesen entgegenkommen. Wir fordern gezielte Beratung, damit mehr Menschen den ÖPNV nutzen, wir fordern mehr Werbung und Marketing, damit die Bürger hellhörig werden und den ÖPNV in Betracht ziehen. Was man nicht kennt, nimmt man nicht an. Deshalb ist es nötig, neue Nutzer zu werben. Genauso ist es auch wichtig, die vorhandenen Nutzer zu befragen, welche Verbesserungsvorschläge sie haben.

Und ganz wichtig - Wir unterstützen die Reaktivierungen der beiden Bahnstrecken Dombühl - Nördlingen und Nördlingen – Gunzenhausen! Aufgabe für den Landkreis muss es sein, eine möglichst gute Taktung von Busverkehren an die vorhandenen und entstehenden Schienennetze zu installieren. Doch zunächst müssen die Linien reaktiviert werden. Wir fordern deshalb endlich eine unkonventionelle, professionelle Herangehensweise an diese Reaktivierungen. Es darf nicht sein, dass sie an einer 1000-Personenkilometer-Grenze scheitern, die sich bei anderer Taktung und Wohlwollen so gar nicht ergibt. Wir fordern Mut und auch direktes Engagement des Landkreises.

Eine gute Anbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln wird für den Hochschulstandort Triesdorf schon lange von uns gefordert. Es ist überfällig, dass eine stündliche Anbindung des Bahnhofes an den Hochschulstandort umgesetzt wird. In Randzeiten kann dies mit einem Rufbus erfolgen.

Wir fordern also eine echte Verkehrswende, die in heutigen digitalen Zeiten möglich erscheint – vom kleinen Ortsteil zum Hauptort – vom Hauptort zum Bahnhof – mit Ticket auf Handy oder ausgedruckt - von Dombühl und Wassertrüdingen nach München und Stuttgart und weiter – das wünschen wir uns im Mobilitätsbereich für die Bürger unseres Landkreises.

Wir wollen eine kreiseigene Mobilitätsberatung aufbauen, um damit die Nutzung des klimafreundlichen öffentlichen Personennahverkehrs zu steigern.

Straßen

Die Erhaltung unseres 600 Kilometer langen Kreisstraßennetzes ist eine der wichtigsten Aufgaben und Herausforderungen. Gleichzeitig ist es aber im Sinne des Klimaschutzes notwendig, die Weichen für eine Verkehrswende zu stellen. D. h. für uns, dass es keinen sechsspurigen Ausbau der A6 geben kann. Ebenso gilt es, ungezügelter Forderungen nach Umgehungsstraßen einen Riegel vorzuschieben. Ausgebaut werden muss das Fahrradwegenetz – nicht nur für den Tourismus, sondern vor allem für die Radfahrer, die in Zukunft auf diese Weise zur Arbeit gelangen (Park & Ride für Fahrräder, bessere und mehr Ladestationen für E-Bikes). Die Arbeitgeber sollten bei Planungen zum Umstieg aufs Rad unterstützt werden. Ziel ist eine deutliche Entlastung des Regionalverkehrs. In diesem Zusammenhang fordern wir die Reaktivierung von Bahnstrecken (siehe Dombühl-Nördlingen) zügig durchzuführen.

Flächenverbrauch

Unser Landkreis Ansbach ist mit einem täglichen Verbrauch von 6.200 Quadratmetern Spitzenreiter in Deutschland. Wir brauchen nicht immer wieder neue Supermärkte, nicht noch mehr Logistikhallen – wir brauchen eine kluge Planung, die Leerstände reduziert, Flächen für unsere Landwirtschaft erhält und der Natur Raum lässt.

Der Landkreis hat unverzüglich seine Unterstützung für den Gewerbepark Interfranken einzustellen. Die Wirtschaftsförderung muss das Werben für Logistikbetriebe einstellen – unser Landkreis darf nicht zum LKW-Parkplatz Nordbayerns und zur Verfügungsmasse für Logistiker verkommen. Der Schwerverkehr muss mehr und mehr auf die Schiene verlagert werden. Deshalb ist auch das Gewerbegebiet in Dombühl abzulehnen. Dieses war mit Kreistagsbeschluss aus dem Jahr 2012 nur mit Bahnanschluss genehmigt worden. Dieser Beschluss gilt nach wie vor!

Wir GRÜNEN stehen zur Begrenzung des Flächenverbrauchs und orientieren uns dabei an den Zielen der Bundesregierung. Dies bedeutet für Bayern eine maximal tägliche Inanspruchnahme von 5 Hektar. Dementsprechend muss auch der Flächenversiegelung im Landkreis Ansbach feste Grenzen gesetzt werden: Die Ansiedelung von Gewerbe muss daher nach festen Kriterien (z.B. Vermeidung von Flächenversiegelung, Mindestanzahl von Arbeitsplätzen) erfolgen.

Abfall / Müll

Abfallvermeidung hat oberste Priorität. Der Kreis muss seine Beratung bezüglich Abfallvermeidung intensivieren. Gleichzeitig ist es wichtig, so viele Fraktionen wie möglich sauber getrennt über die Wertstoffhöfe zu recyceln (Recycling geht vor thermischer Verwertung)! Die Wertstoffhöfe selbst sollten dort zu Recyclingzentren weiterentwickelt werden, wo die größeren Städte liegen (ähnlich der Struktur, die im Nachbarlandkreis Weißenburg-Gunzenhausen schon geschaffen wurde). Diese Recyclingzentren sollten dann auch mit Fachpersonal ausgestattet werden und bürgerfreundliche Öffnungszeiten vorweisen.

Landkreisbauten

Die von uns beantragte und von Anfang an unterstützte Passivhaus-Bauweise ist realisierte Bauzukunft pur. Mittlerweile sind alle Schulneubauten und alle Turnhallenneubauten in diesem Standard bzw. sogar im „Energie-Plus-Standard“ gebaut worden. Die sanierten Schulen wurden mit Passivhauskomponenten auf einen sehr guten energetischen Standard gebracht.

Mit 1 bis 6 % Mehrkosten bei der Investition können die Energiekosten über Jahrzehnte ganz erheblich reduziert werden. Das ist ein wirtschaftlicher und damit verantwortungsvoller Umgang mit Steuergeldern, das ist Klimaschutz und eine regionale und umweltverträgliche Investition.

Wir setzen uns weiter dafür ein, dass künftig **alle** Landkreis-Neubauten im besten energetischen Standard und mit nachhaltig wirkenden Baustoffen realisiert werden.

In der neuen Kreistagsperiode werden wir darauf hinwirken, dass die beiden Fachausschüsse „Bau- und Verkehr“ sowie der „Schulbauausschuss“ ersetzt werden durch einen „Hochbauausschuss“ und einen „Tiefbauausschuss“. Das hat den Vorteil, dass sich die jeweiligen Kompetenzen auf einen Ausschuss konzentrieren.

Jugend

Die Lebensrealitäten von Kindern und Jugendlichen haben sich geändert – sie wachsen in einer Welt ständig verfügbarer Medien, Spiele und Berieselungsmöglichkeiten auf, mit denen sie umzugehen lernen müssen. Dagegen haben sie nicht mehr die Freiheiten in ihrer Selbsterfahrung, die noch die Generationen vorher hatten. Vieles ist verboten oder kann nicht mehr selbst entdeckt werden.

Dafür ist ein Teil der Jugendlichen momentan aktiv in der „Fridays for Future“-Bewegung und findet dort Selbstentfaltung. Wir sehen das positiv und vertrauen als Fraktion der Grünen voll darauf, dass die „Jugend“ ihren Weg gehen wird. Die Jugend hat das Vorrecht darauf, manchmal laut und für uns Erwachsene und Politiker unangenehm fordernd zu sein. Auch im Landkreis Ansbach ist das so.

Das Jugendamt ist am Puls der Zeit, auch wenn dies nicht immer ganz einfach ist. Denn gleichzeitig sind nicht mehr alle Eltern in der Lage, die Verantwortung für Kinder komplett zu übernehmen. Das war zwar natürlich schon immer so - doch zum Glück ist hier die Gesellschaft aufmerksamer geworden – durch die KoKi-Stellen, die Koordinierenden Kinderschutzstellen, wird schon früh auf Missstände hingewiesen, die den Kindern schaden könnten. Hier muss dann teilweise das Jugendamt aktiv werden und helfen. Es muss beraten, geholfen und auch manchmal eingegriffen werden.

Auch das neue „Gute-KiTa-Gesetz“, das seit 2019 nun auch in Bayern umgesetzt wird, soll eine bestmögliche Förderung für Kinder weiterbringen. Nachdem alle 16 Bundesländer mit dem Bund einen Vertrag zur Umsetzung geschlossen haben, werden nun auch Fördergelder fließen. Die Eltern werden finanziell entlastet und die Betreuungsschlüssel sollen u. a. durch Anstellung von Tagespflegekräften verbessert werden. Wir sehen dies als Fraktion grundsätzlich positiv, fordern aber bei der Umsetzung eine tatsächliche Verbesserung der Qualität in unseren Kindertagesstätten im Landkreis. Es muss möglich sein, dass Eltern einen Platz für ihr Kind möglichst in einer KiTa des Erstwunsches finden.

Weiter geht es im Schulalter der Kinder und Jugendlichen mit der Einführung von neuen Medien an den Schulen. Unsere Fraktion hat dies bisher immer mitgetragen und wird es auch weiterhin tun. Vor allem ist uns wichtig, dass digitale Kompetenz schon in den Schulen erlernt werden kann. Deshalb unterstützen wir die Digitalisierung an Schulen, gerade auch die Kombinationsmöglichkeiten von analog und digital. Wir möchten, dass die Lehrer fit gemacht werden, um ihr Wissen für die Schüler lerngerecht aufzubereiten

und gleichzeitig digitale Mittel zu nutzen.

Zusätzlich unterstützt der Landkreis auch die Arbeit von Sportvereinen, Musikschulen und Musikorganisationen, die Kinder und Jugendliche betreuen bzw. ausbilden. Hier fließen freiwillige Zuschüsse, die den Vereinen etc. die Arbeit erleichtern sollen. Dies fand und findet weiter unsere uneingeschränkte Unterstützung.

Auch die in ausgewählten Fällen an Schulen vom Landkreis getragenen Maßnahmen von „Jugendsozialarbeit an Schulen“ oder die Bezuschussung von selbstorganisierter Schulsozialarbeit sollen weiterhin betrieben bzw. unterstützt werden. Wir fordern hier allerdings den Freistaat Bayern auf, bei der reinen Schulsozialarbeit noch mehr Schulen – und dies möglichst zeitnah – in die in Aussicht gestellten Förderprogramme aufzunehmen.

Wir unterstützen die Arbeit des Kreisjugendringes Ansbach, der aktiv und pragmatisch den im Landkreis organisierten Jugendverbänden unter die Arme greift. Es ist ein Zugewinn für alle, wenn junge Menschen beispielsweise die Jugendleiterkarte erwerben.

Bei allem Positiven bereitet es uns allerdings Sorge, dass sich der bundesweite Trend der zunehmenden Armutssituation von Kindern auch bei uns im Landkreis zeigt. Hier wollen wir den Landkreis noch familienfreundlicher machen, es müssen Wege gesucht werden, den Kindern eine sorglose Kindheit zu ermöglichen. Vielleicht geht es nicht immer ganz „sorgenfrei“, aber unser Ziel ist es, dass alle Kinder bei uns im Landkreis auch dann ohne große Einschränkungen groß werden können, wenn die Eltern den Lebensunterhalt nicht vollkommen selbst stemmen können.

Artenvielfalt und Landwirtschaft

Die Landwirtschaft vor Ort gestaltet unser direktes Lebensumfeld – unsere Landschaft. Wir wollen eine Landwirtschaft im Einklang mit der Natur, die Boden, Wasser und Luft schützt und respektvoll mit den Nutztieren umgeht. Landwirtschaftliche Betriebe, die die Artenvielfalt stärken, den Einsatz von Pestiziden minimieren und nachhaltig wirtschaften, müssen gezielt unterstützt werden, damit sie trotzdem noch ein angemessenes Einkommen erzielen können. Denn die exportorientierten Betriebe, die Futtermittel importieren, um für den Weltmarkt Fleisch und Milch zu produzieren, sind keine Option für eine zukunftsfähige Landwirtschaft. Damit die Wertschöpfung in der Region bleibt und die Bauern vor Ort gestärkt werden, werden regionale Lebensmittelkreisläufe gefördert. Sie können zu gegenseitiger Wertschätzung bei Landwirten und Verbrauchern beitragen und sind in Krisenzeiten ein Stabilitätsfaktor für die Region.

Unsere Maßnahmen mehr Artenvielfalt und grüne Landwirtschaft:

Die freiwilligen Leistungen des Landkreises für die Landwirtschaft werden nach neuen Kriterien wie Artenvielfalt stärken, Pestizide verringern und den Bioanbau fördern vergeben.

Die kreiseigenen Einrichtungen wie Schulen und Kantinen beschaffen 50 % ihrer Lebensmittel biologisch und 75 % regional.

Um die Artenvielfalt im Landkreis entscheidend zu stärken, wird in der Unteren Naturschutzbehörde über die im Haushalt 2020 bereits enthaltenen Stellenmehrungen hinaus eine weitere neue Stelle geschaffen, die sich allein um die Vernetzung der Biotope und deren Schutz kümmert.

Wir wollen eine Landwirtschaft im Einklang mit der Natur, mit einem respektvollen Umgang mit den Nutztieren und mit einem guten Arbeitsumfeld für die Landwirte.

Die Landwirtschaft vor Ort gestaltet unser direktes Lebensumfeld - unsere Landschaft! Diese Landschaft gilt es lebens- und liebenswert zu erhalten und zu gestalten.

Dazu gehört es die Agrargelder vorrangig an kleinstrukturierte und die Artenvielfalt fördernde Betriebe fließen zu lassen.

Unsere Landwirtschaft muss Luft, Wasser und Boden für zukünftige Generationen gesund erhalten und dafür muss sie ein adäquates Einkommen erzielen können.

Regionale Strukturen in der Landwirtschaft brauchen Unterstützung durch Kommunen, Gemeinden und Bürger. Futtermittel zu importieren, um für den Weltmarkt Fleisch und Milch zu produzieren, ist keine Option für eine zukunftsfähige Landwirtschaft. Regionale Lebensmittelkreisläufe sind auch in Krisenzeiten ein Stabilitätsfaktor.

Es gilt die Wertigkeit von Lebensmitteln immer wieder in den Vordergrund zu stellen und Lebensmittelmüll zu vermeiden.

Integration

Der Bereich Asyl wird sehr stark durch Bundes- und Landesgesetze bestimmt, die durch Weisungen des Innenministeriums auf Landkreisebene umgesetzt werden. Gefühlt gibt es jede Woche neue Änderungen und es ist dadurch sehr intransparent und undurchschaubar. Bei der Ausbildungs- und Arbeitserlaubnis kann zum Beispiel oft die Entscheidung nicht nachvollzogen werden, wie und ob Spielräume für die Menschen genutzt werden. Das führt dann vermehrt zu Irritationen und Frust bei den Helfer*innen.

Integration gelingt aber vor allem dann gut, wenn Menschen Arbeit finden und sich und ihre Familien ernähren können. Deshalb fordern wir, dass Ermessensspielräume seitens der Behörden einheitlich und in best möglichem Umfang zugunsten der Arbeits- und Ausbildungsaufnahme genutzt werden. Die Vermittlung in Arbeit sollte mehr direkt an Betriebe und Unternehmen geschehen und weniger mit Zeitarbeitsfirmen. Wichtig ist auch, dass die Verständigung am Arbeitsplatz klappt. Deshalb müssen die Sprachkenntnisse bei den Jobvorschlägen berücksichtigt werden und bei Bedarf bei der Auswahl geeigneter Sprachkurse besser beraten werden.

Behördenschungel: Sozialhilfe, Jobcenter, Familienkasse, Wohngeld, Bundesagentur – das Sozialsystem ist nicht nur für Flüchtlinge schwer zu durchschauen. Insbesondere bei Migranten entstehen durch häufigen Wechsel von Arbeit und Arbeitslosigkeit kaum zu bewältigende Papierberge. Dazu muss eine Lösung gefunden werden.

Die Suche nach Wohnungen wird immer schwieriger bis unmöglich. Die Wohnungsbörse kann nur der Anfang sein. Wir brauchen neue Wege und Ideen zur Wohnraumbeschaffung. Effektiv dabei ist, wenn Städte und Gemeinden bzw. Kirchen zu Vermietern im sozialen Bereich werden.

Klimaschutz

Der Landkreis Ansbach hat im Bereich erneuerbare Energien, Energieeinsparung und vorbeugendem Klimaschutz ein sehr großes Potential. Im Bereich der Stromerzeugung aus Sonne, Wind und Biogas ist dies bereits vorbildlich genutzt. Der eigene Stromverbrauch wird deutlich über 100 % gedeckt. Im Bereich Wärme und Mobilität ist der Landkreis aber mit 15 % erneuerbarem Anteil bei der Wärme und 2 % bei der Mobilität wenig besser als der Landesdurchschnitt. Im Bereich Energieeinsparung schlummert ebenfalls noch ein sehr großes Potential. Die Verbrauchswerte haben nämlich die letzten Jahre nicht abgenommen.

Heuer ist es uns als grüne Kreistagsfraktion endlich gelungen, den Widerstand von CSU, SPD und FW zu

brechen und ein integriertes Klimaschutzkonzept auf den Weg zu bringen. Hier wird eine umfassende Bestandsaufnahme erfolgen, Potentiale werden in den jeweiligen Bereichen erhoben und Maßnahmen vorgeschlagen.

Der Kreistag hat übergeordnete Aufgaben. Im Bereich des vorbeugenden Klimaschutzes ist v. a. die Organisation des öffentlichen Nahverkehrs (ÖPNV) ein entscheidender Faktor. Aber auch die Raumplanung und die Energieberatung sind wichtige Bausteine, die ein Landkreis organisieren kann und muss. Natürlich ist er für die Erreichung der folgenden Ziele auf eine gute Zusammenarbeit mit den Kommunen angewiesen. Durch eine klare Zielsetzung kann der Landkreis Ansbach seine 58 Gemeinden aber deutlich in Richtung Vorreiter beim Klimaschutz lenken und leiten.

Für uns als **GRÜNE** steht deshalb im Mittelpunkt:

Der Landkreis Ansbach setzt sich zum Ziel, bis zum Jahr 2030 klimaneutral zu sein.

Der Landkreis Ansbach deckt seinen Strombedarf bis zum Jahr 2025 zu 200% selbst aus erneuerbaren Energien.

Der Landkreis Ansbach erhöht bis zum Jahr 2025 den Anteil erneuerbaren Energien im Mobilitätsbereich auf 25 % und verbessert den Anteil umweltfreundlicher Verkehrsmittel auf 30 %.

Der Landkreis Ansbach deckt den Wärmebedarf seiner Liegenschaften bis zum Jahr 2025 zu 100 % aus erneuerbaren Energien und Abwärme. Er gründet eine regionale Energieagentur und bietet seinen Landkreiskommunen und seinen Bürgerinnen und Bürgern eine umfassende, neutrale Energieberatung. Der Stromverbrauch im klassischen Anwendungsbereich wird bis zum Jahr 2025 um 20 % reduziert.

Die im Landkreis Ansbach entstehenden Treibhausgasemissionen der Landwirtschaft sind erfasst. Bei Düngung, Tierhaltung, Ausbringungstechniken werden relevante Einsparungen erreicht. Die anfallende Gülle wird bis 2025 zu 90 % in Biogasanlagen vergärt. Die Biogasanlagen sind flexibilisiert und haben zu 100 % eine sinnvolle Abwärmenutzung.

Der Landkreis Ansbach beherzigt das Leitziel „Klimaschutz durch kurze Wege“. In der Stadtplanung gilt konsequent „innen vor außen“.

Der Landkreis Ansbach soll bis 2021 ein Sofortprogramm „Klimaschutz“ auf den Weg bringen mit folgenden Schwerpunkten:

Erneuerbare Energien im Strombereich

Alle landkreiseigenen Dächer werden, soweit sie statisch geeignet sind, zur Solarnutzung (Photovoltaik oder Solarthermie bzw. Kombination) verwendet.

Der Landkreis erstellt ein Solarkataster und stellt es den Kommunen zur Verfügung.

Eine Informationsveranstaltung zu Windkraft wird durchgeführt. Die Potentiale werden dargestellt. Im regionalen Planungsverband werden die Informationen gebündelt. Neue Flächen werden gemeinsam mit den Bürgermeister*innen gesucht.

Erneuerbare Energien im Wärmebereich

Bei den bestehenden Biogasanlagen wird die Wärmenutzung geprüft und ggf. ausgebaut.

Informationsveranstaltungen zur Erstellung von kommunalen Wärmenetzen werden angeboten. Ziel ist die Förderung von Nahwärmenetzen und dezentraler KWK-Anlagen.

Die landkreiseigenen Liegenschaften sind Vorbild bei der effizienten Energienutzung. Ein einfaches,

praxisnahes Klimaschutz-Bewertungsrastrer für alle Aktivitäten wird aufgebaut, das Controlling installiert. Klimaschutz soll bei allen Entscheidungen ein zentraler Bewertungspunkt sein. Routinemäßig soll die Klimawirksamkeit der Folgen berücksichtigt werden. Dazu ist ein einfach zu handhabendes Prüfraster zu entwerfen, das Teil sämtlicher Beschlussvorlagen wird.

Der Strombezug des Landkreises besteht zu 100 % aus echtem Ökostrom mit Neuanlagenquote.

Der Fuhrpark wird umgestellt. Alle Neuanschaffung im PKW Bereich werden E-Autos bzw. decarbonisiert.

Es erfolgt eine Analyse der eigenen Liegenschaften und eine Umsetzung Energieeffizienz und Einsparmaßnahmen. Die Aufstellung eines Mehrjahresinvestitionsprogramms zur Sanierung der kommunalen Liegenschaften wird bis Ende 2020 erledigt.

Die Ladeinfrastruktur für E-Mobilität an Parkplätzen des Landkreises wird ausgebaut (Parkplätze für Mitarbeiter werden bis 2022 zu 50 % mit Lademöglichkeiten ausgestattet).

Fifty-fifty-Programme werden an allen Kreisschulen angeboten.

Das Beschaffungswesen orientiert sich an der Richtlinie zur klimaschonenden Beschaffung.

Verkehrswende gestalten

Siehe auch Kapitel attraktiver öffentlicher Nahverkehr

Wir unterstützen vorbehaltlos die Reaktivierung der Schienenstrecke Dombühl-Feuchtwangen-Wilburgstetten!

Bezüglich Radverkehr müssen Radwegekonzepte erarbeitet, umgesetzt und weiterentwickelt werden!

Die Radinfrastruktur muss durch standardisierte Anlagen für Bahnhöfe und öffentliche Orte verbessert werden (Sicherheit, Ladung, Regenschutz). Standardisierung spart Kosten, weil nicht jede Gemeinde eigene Planungen durchführen muss.

Ein betriebliches Mobilitätsmanagement in Unternehmen, Behörden und öffentlichen Einrichtungen ist einzuführen!

Gewerbe, Handel, Dienstleistungen und Industrie

Die Wirtschaftsförderung kümmert sich verstärkt um die Themen Energieeinsparung, Energieberatung, EMAS/50001-Zertifizierungen für Großbetriebe, betriebliche Veranstaltungen zur Steigerung der Effizienz zur Reduktion des Energieverbrauchs und zur Stärkung des Energiebewusstseins.

Öffentlichkeitsarbeit

Wir gründen eine Klimaallianz Landkreis Ansbach. Ihre Vertreter kommen aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft.

Die Leistungen der einzelnen Akteure (Betriebe, Haushalte, Privatpersonen) im Klimaschutz erfahren Wertschätzung und Aufmerksamkeit – wir vergeben Klimapreise und schaffen damit ein Ansporn, in dieser Richtung tätig zu werden!

Wir legen eine eigene Homepage zum Thema Klimaschutz im Landkreis Ansbach auf, im Mitteilungsblatt erscheinen regelmäßig feste Beiträge zum Thema Klimaschutz, in der Presse wird nachhaltig über kommunale Maßnahmen und Erfolge berichtet.

Naturschutz

Über die Hälfte der bayerischen Tier- und Pflanzenarten gelten als in ihrem Bestand gefährdet. Die Gründe sind vielfältig – einer ist die Zerstörung von Biotopen und die Zerschneidung von Lebensräumen. Leider ist hier unser Landkreis in Bayern Spitzenreiter. Über 70 % unserer Schmetterlinge stehen auf der roten Liste, die Hälfte der Libellenarten ist bedroht. In Bayern gibt es 14 verschiedene Amphibienarten. Von Ihnen sind 12 auf der roten Liste, 3 davon sind vom Aussterben bedroht.

Der Naturschutz ist in Bayern komplett zahnlos. Nahezu alle (Raub-)Baumaßnahmen an unserer Natur können nach derzeitiger Rechtslage auf dem Papier ausgeglichen werden. Ob der Ausgleich auch wirklich funktioniert, wird erst Jahre später feststehen. Falls er nicht funktioniert, hat dies keinerlei Konsequenzen – nur für die verschollenen Arten.

Auch unser Wald braucht verstärkt unsere Hilfe. Die Situation in unseren Wäldern ist dramatisch. Neben der Fichte und der Kiefer sterben seit 2019 die Tanne und zunehmend auch die Buche v. a. wegen Trockenheit ab. Eine flächendeckende Naturverjüngung ist enorm wichtig. Das Landratsamt Ansbach ist für die Jagd zuständig und kann hier eine walddgerechte Bejagung, die ganz entscheidend für die sehr schnell zu erfolgende Wiederaufforstung der vielen Kahlfleichen sein wird, umsetzen. Auf allen Ebenen gilt es für den Schutz, den Erhalt und die Stärkung des Waldes zu kämpfen! Das Landratsamt hat auf eine konsequente Erfüllung der Abschusspläne hinzuwirken und diese entsprechend zu kontrollieren.

Jetzt gilt es, dem Naturschutz, der durch das Volksbegehren „Rettet die Bienen“ gestärkt wurde, auch in der Praxis und in den zuständigen Behörden mehr Bedeutung zukommen zu lassen.

Naturgerechte Alternativen sind stärker zu prüfen und die Wertigkeit von Biotopen muss auf allen Ebenen anerkannt werden.

Dafür ist als erstes die Untere Naturschutzbehörde am Landratsamt zu stärken und personell um eine Stelle aufzustocken. Das Verständnis für die Bedeutung des Naturschutzes muss sich aber in der gesamten Verwaltung von der Spitze bis zum Sachbearbeiter durchsetzen.

Soziales

Das Frauenhaus des Landkreises Ansbach braucht dringend mehr Plätze und wir Grünen nehmen uns vor dieses Problem zu lösen.

Dass Sozialthemen im Landkreis wachsen, z.B. die Kinderarmut, ist uns bewusst. Wir suchen Möglichkeiten, dem entgegenzuwirken und z. B. mit der Gründung einer Kindertafel Soforthilfe anzubieten. Auf lange Sicht müssen Folgeprojekte installiert werden, um diese gesellschaftliche Entwicklung abzufedern.

Die Grünen im Kreistag werden Projekte zur Eingliederung von Zugewanderten immer unterstützen und Fördermöglichkeiten ausloten.

Das Bündnis für Familie unterstützen wir. Hier arbeiten vorbildlich alle an einem Strang: Verwaltung, kommunale Entscheider und engagierte Bürger.

Das BGH-Urteil zu schweren Sanktionen gegenüber Langzeitarbeitslosen begrüßen wir Grünen ausdrücklich. Förderung und Individuelles Mitnehmen der Klienten ist uns erheblich wichtiger.

Militär

Die Stationierung der Militärhubschrauber bedeutet für einen Teil der Landkreisbevölkerung eine massive **Belästigung durch Fluglärm und Abgase**. Die Menschen im Landkreis haben das Recht, vor Lärm und Belastungen geschützt zu werden. Die Schallpegel der fliegenden US-Hubschrauber überschreiten dabei deutlich die Werte, die Bürger*innen durch Industriebetriebe, Verkehr und andere Quellen zugemutet werden dürfen. Fluglärm macht krank und Fluglärm beeinträchtigt das Leben der Bevölkerung. Dies müssen die US-Streitkräfte endlich in ihren Flugplänen, ihren Flugrouten und ihren Flugzeiten darstellen! Militärische Übungsflüge, vor allem nachts, lehnen wir ab. Uns ist bewusst, dass sich aus internationalen Vertragsverpflichtungen besondere Rechte für die Streitkräfte der USA ergeben. Diese dürfen aber nicht zu Lasten der hier lebenden Menschen gehen!

Wir wollen die schnelle Beseitigung der **PFC-Verseuchung**, die vom Flugplatz Katterbach ausgeht und neben der Stadt Ansbach auch die Landkreismunicipalitäten Lichtenau und Sachsen bei Ansbach betrifft. Der früher auf dem Flugplatz Katterbach von den US-Streitkräften verwendete Löschschaum enthält u. a. krebserregende poly- und perfluorierte Chemikalien (PFC). Dieses PFC verseucht nicht nur die Oberflächengewässer in der Nähe des Belastungsortes, sondern auch das Grundwasser. Die veröffentlichten Messwerte übersteigen mehrfach den Leitwert der Trinkwasserverordnung. Das kann schwere Gesundheitsschäden bei Menschen und Tieren verursachen. PFC wird in der Natur nicht von alleine abgebaut. Es bleibt ewig in der Biosphäre und schädigt Mensch und Natur. Die giftigen Stoffe gelangen über das Grundwasser und das Erdreich in unseren Nahrungskreislauf. Die zögerliche Haltung der US-Streitkräfte kritisieren wir auf schärfste. Der Landkreis muss hier die Stadt Ansbach gegenüber der Bundesregierung und den US-Streitkräften dabei unterstützen, unverzüglich die Entfernung des PFC-Hotspots in Katterbach zu entfernen.

Der **Absturz eines Kampfhubschraubers** des Typs Apache im Herbst 2019 im Landkreis Ansbach stellt ein für alle Mal klar, dass militärische Übungsflüge über dicht bewohntem Gebiet eine enorme Gefahr für Leib und Leben unserer Bevölkerung darstellen. Die körperliche Unversehrtheit ist ein mit Verfassungsrang ausgestattetes Gut. Der Unfall hat aufgezeigt, dass die Flugbestimmungen für den militärischen Hubschrauberbetrieb der Kampfluftlandebrigade der US-Armee vollkommen unzureichend sind. Wir fordern daher ein Nachtflugverbot und die Einführung eines Mindestabstandes von 600 m zu Siedlungsstrukturen. In den USA dürften die Piloten so nicht fliegen!

Frauenhaus des Landkreis Ansbach

Jede vierte Frau hat mindestens einmal in ihrem Leben körperliche oder sexuelle Partnerschaftsgewalt erlebt. Auf das Jahr gerechnet ermordet fast jeden Tag in Deutschland ein Partner oder Ex-Partner eine Frau - oder versucht es.

Oma, Mutter, Tochter, Schwester: Rein statistisch gesehen musste eine dieser vier Frauen in Deutschland mindestens einmal Gewalt durch den Partner überstehen. Betroffen sind Frauen aller sozialen Schichten. Im Jahr 2018 wurden unter den Straftaten Mord und Totschlag, Körperverletzungen, sexueller Übergriff, sexuelle Nötigung, Vergewaltigung, Bedrohung, Stalking, Nötigung, Freiheitsberaubung, Zuhälterei und Zwangsprostitution insgesamt 140.000 Opfer von vollendeten und versuchten Delikten der Partnerschaftsgewalt erfasst.

Gewalt gegen Frauen ist kein Phänomen anderer Kontinente, anderer Kulturen oder alter Zeiten. Es ist traurige Wirklichkeit für viel zu viele Frauen mitten in unserer Gesellschaft, in diesem Land, hier und jetzt.

Einige betroffene Frauen und Kinder bekommen aktuell nicht die Hilfe, die sie benötigen: Frauen- und

Kinderschutzhäuser sind ausgelastet, es fehlten 2019 wieder tausende von Plätzen. Etwa 21.000 Plätze werden benötigt, tatsächlich gibt es aber nur 7.000. Mit dem Bundesinvestitionsprogramm „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“ will der Bund von 2020 bis 2023 insgesamt 120 Millionen Euro in den Aus-, Um- und Neubau von Frauenhäusern und Beratungsstellen investieren. Dass der Bund nun Geld für die Frauenhäuser in die Hand nehmen will, ist gut. Aber das wird nicht reichen. Auch Länder und Kommunen sind gefragt, denn sie sind ja eigentlich zuständig. Sie müssen das Geld investieren, das nötig ist. Auch der Landkreis Ansbach ist da in der Pflicht. Das Frauenhaus des Landkreises Ansbach ist völlig ausgelastet und braucht dringend mehr Raum. Der Landkreis muss jetzt aktiv werden und seinen Beitrag leisten, dass das Frauenhaus erweitert wird. Wir Grüne werden uns dafür einsetzen.

Senioren

Senioren*Innen sollten selbstbestimmt und in Würde, so lange wie möglich, zu Hause leben dürfen. Wir evaluieren gerade das seniorenpolitische Gesamtkonzept des Landkreises. Nach der Anregung von uns GRÜNEN, ein stationäres Hospiz zu etablieren, wird dies ab 2020 umgesetzt. Im Landkreis fehlen Kurzzeitpflegebetten und hier soll die Unterstützung für alle Seniorenheime gesichert und gewährleistet werden. Heime sollen feste Kurzzeitpflegeplätze einrichten können. Die Förderung der ambulanten Pflegedienste unterstützt das oben Genannte und wir Grünen möchten den Förderbetrag von 300.000 € auf ca. 400.000 € jährlich aufstocken.

Die große Herausforderung der Zukunft ist die Generierung von Pflegekräften: Hier bildet der Landkreis in vorbildlicher Weise selbst aus. Die Schulen sind für die generalistische Ausbildung gerüstet, wobei wir Grünen wissen, dass vielleicht gutes und spezifisches Wissen verloren geht. Eine einheitliche Pflegeberatung mit einer Hotline – sprich eine Tel. NR. – wäre für den Landkreis sehr wichtig. Das könnte z. B. im Rahmen eines mobilen Pflegestützpunktes sein, dafür setzen wir uns ein.

Digitalisierung in der Bildung

Wir unterstützen die Maßnahmen zum Ausbau der Digitalisierung an den kreiseigenen Bildungseinrichtungen. Die Installierung einheitlicher Systeme, betreut durch Fachpersonal von außen, muss beschleunigt und intensiviert werden. Gleichzeitig ist es wichtig, die Schulen mit genügend Fachbetreuern auszustatten, um die Lehrkräfte zu entlasten. Außerdem fordern wir dabei einen Nachhaltigkeitsfaktor: Neuanzuschaffende Systeme sollten jederzeit gut nachrüstbar sein, um nicht nach zwei Jahren schon wieder als veraltet zu gelten. Abgebaute Hardware sollte dort eingesetzt werden, wo die Digitalisierung noch nicht weit fortgeschritten ist. Ansonsten muss sie sauber und fachgerecht recycelt und entsorgt werden (nicht über Drittländer). Insgesamt wird der finanzielle Aufwand für moderne und zeitgerechte Schulen deutlich steigen müssen!

In Absprache mit dem staatlichen Schulamt sollen Übergangsklassen an den Standorten leichter gebildet werden können, die eine entsprechende Anzahl an Kindern mit Migrationshintergrund nachweisen können. Integration geht über Sprache, je schneller Deutsch gelernt wird, desto eher gelingt sie.

Digitalisierung

Wir wollen die Chancen der Digitalisierung nutzen und die Risiken minimieren. Unser Ziel ist es, dass die Digitalisierung zu mehr Lebensqualität für alle führt. Flächendeckender Zugang zu schnellem Internet und leistungsfähigen Mobilfunknetzen ist Grundvoraussetzung sowohl für die Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandortes als auch für die digitale Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger. In Teilen des Landkreises gibt es keinen Zugang zum schnellen Datennetz, wir wollen mithelfen, dies zu ändern. Wir

Grüne fordern den flächendeckenden Ausbau des Glasfasernetzes in jedes Gebäude. Nur so bleibt unsere Infrastruktur auch morgen noch konkurrenzfähig.

Die Digitalisierung und die intelligente Nutzung von Informationen bieten Chancen für mehr Nachhaltigkeit und ökologischen Fortschritt. Insbesondere bei der Mobilität und bei der Energieversorgung können wir Produkte und Prozesse effizienter machen und so Ressourcen schonen und Schadstoffe vermeiden. Bei der Neuerfindung der Mobilität hilft die Digitalisierung enorm: Wir wollen den öffentlichen Verkehr attraktiver machen und die verschiedenen Verkehrsträger besser vernetzen, so dass die Grenzen zwischen ÖPNV und motorisiertem Individualverkehr durch die digitale Verkehrssteuerung verschwinden werden.

Besseren Service durch Digitale Verwaltung bieten

Die Chancen der Digitalisierung für das Verhältnis der Bürger*innen zu Staat und öffentlicher Verwaltung sind groß und bleiben besonders in Bayern weitgehend ungenutzt. E-Gouvernement-Dienstleistungen wollen wir ausbauen: „digital by default“ sollte die Leitlinie einer bürger*innenfreundlichen Verwaltung in Bayern sein. Technische Lösungen alleine reichen dafür nicht aus, das Bayern-Portal des Freistaats ist bisher eine digitale Brache.

Um die digitale Verwaltung zum Erfolg zu führen, braucht es einen echten Kulturwandel in der Verwaltung und einen Change-Management-Prozess, der Beschäftigte, Kommunen und Dienstleistungsunternehmen einbindet. Damit E-Gouvernement funktioniert, braucht es bundesweit mehr Normierung und einheitliche Schnittstellen, um Insellösungen abzubauen.

Unsere Krankenhäuser

Wir stehen nach wie vor eindeutig zu einer wohnortnahen Krankenhausversorgung auch in der Fläche und nicht nur in Großstädten und damit auch zum Erhalt und eines zukunftsfähigen medizinischen Angebots in Dinkelsbühl und Rothenburg o.d.T. Wir erwarten deshalb von unserem Vorstand, zeitnah ein entsprechendes medizinisches Gesamtkonzept für ANregiomed als Ganzes zu präsentieren. Die Zwischenschritte Portalkliniken oder Gesundheitszentren, die auf die Schließung dieser Standorte als Grund- und Regelversorger abzielen, lehnen wir entschieden ab! Dabei gehen wir durchaus davon aus, dass der Krankenhaus-Verbund ANregiomed dauerhaft, wenn auch nicht in dem Maße wie bisher, defizitär arbeitet. Ein flächendeckendes Krankenhausversorgungsangebot ist unverzichtbarer Bestandteil einer auch an menschlichen Bedürfnissen und nicht nur an wirtschaftlichen Kriterien orientierten Daseinsvorsorge.

Wir stehen hinter dem Vorstand von ANregiomed. Er hat den Krankenhausverbund nach Jahren konzeptionslosen und wechselnden Agierens unter Vorständen mit keinen oder unterschiedlichen Zukunftsvorstellungen in einem desolaten Zustand übernommen. Mit Dr. Sontheimer hat ANregiomed einen außergewöhnlich kompetenten, gelegentlich unbequemen und durchsetzungsstarken Vorstand, der in den ersten 18 Monaten seiner Tätigkeit den Krankenhausverbund stabilisiert hat und den Abwärtstrend hat beenden können. Fortschritte sind unverkennbar, aber zweifellos ist noch viel zu tun. Und dafür braucht der Vorstand, bei durchaus auch berechtigter Kritik im Einzelfall, Vertrauen! Unser Vertrauen hat er.

Bei allen Fortschritten in baulicher und struktureller Hinsicht wird es in den nächsten Jahren darauf ankommen, für ANregiomed ein medizinisches Gesamtkonzept zu entwickeln, damit an allen Standorten nach Jahren der Ungewissheit, ob und wie es weitergehen soll, wieder Ruhe, Sicherheit und Zuversicht einkehren. Dabei regen wir nachdrücklich an, dass bei der Erarbeitung des Konzeptes die Mitarbeiter

insbesondere aus dem ärztlichen und pflegerischen Bereich nicht nur informiert, sondern von Anfang an angehört, beteiligt und so mitgenommen werden. Wir wissen, dass das zeitaufwändig und gelegentlich auch schwierig sein wird, sind aber der Überzeugung, dass so und nur so Akzeptanz, Teamgeist und Motivation geschaffen werden können.